

**Schweizerische Volkspartei
(SVP)**

Jahresbericht

2007

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
I. Erfolgsbilanz.....	6
1. Das Jahr 2007 im Rückblick.....	6
<i>Frühlingsession 2007 (5. März -23. März 2007)</i>	7
<i>Sommersession 2007 (4. Juni -22. Juni 2007)</i>	10
<i>Herbstsession 2007 (17. September - 5. Oktober 2007)</i>	15
<i>Wintersession 2007 (3. Dezember - 20. Dezember 2007)</i>	18
2. SVP-Frauen Schweiz.....	20
3. Vorstösse der SVP-Fraktion	20
4. Vernehmlassungsantworten der SVP	20
5. Positionspapiere der SVP	22
6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen	24
7. Internet	26
II. Parteiorgane.....	27
1. Delegiertenversammlung	27
2. Zentralvorstand	29
3. Leitender Ausschuss	32
4. Büro des Leitenden Ausschusses	33
5. Generalsekretariat	34
6. Fraktion der Bundesversammlung.....	35
III. Eidgenössische Volksabstimmungen und Wahlen	38
IV. Vertretung der SVP in den Kantonsparlamenten	40
V. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE	41

VORWORT



Das Wahljahr 2007 wird mit Sicherheit in die Geschichte der SVP eingehen. Zunächst zahlte sich die kontinuierliche und konsequente politische Arbeit der vergangenen Legislatur anlässlich der eidgenössischen Wahlen im Oktober aus: Die SVP erzielte mit fast 29% der Wählerstimmen ein Rekordresultat. Seit Bestehen des Proporzwahl-systems vermochte nie eine Partei so viele Stimmen auf sich zu vereinigen. Die SVP-Fraktion vergrösserte sich einmal mehr und zählt mittlerweile 70 Mitglieder. Die Fraktion ist so gross, dass selbst das grösste Sitzungszimmer im Bundeshaus nicht mehr genügend Platz bietet.

Das erfreuliche Wahlresultat ist vor allem die Frucht der kontinuierlichen Kleinarbeit, welche die Orts-, Bezirks- und Kantonalsektionen der SVP geleistet haben: Mitgliederwerbung, Parteistämme, „Puurezmorge“, Podiumsdiskussionen, Unterschriftensammlungen und Standaktionen – dies alles zahlte sich am 21. Oktober 2007 in Wählerprozenten aus. Darum gehört unser Dank namentlich den zahlreichen Mitgliedern an der Parteibasis, welche massgeblich zu diesem grossen Erfolg beigetragen haben.

Das Wahlresultat geht aber auch auf einen erfolgreich geführten Wahlkampf zurück, in welchem die Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer“ thematisch klar dominierte. Dieses Volksbegehren vereinigte innert weniger Wochen über 200'000 Unterschriften für sich und wurde im Februar 2008 bei der Bundeskanzlei eingereicht (mit über 230'000 Unterschriften).

Am 12. Dezember zeigte sich sodann die andere Seite der Politik: Aus billiger Frustration über die verlorenen Wahlen haben sich CVP, SP und Grüne zusammenschlossen, um Bundesrat Christoph Blocher abzuwählen. Auch zahlreiche Freisinnige halfen bei dieser hinterhältigen Aktion mit. Das Resultat: Bundesrat Blocher blieb die Wiederwahl versagt, und stattdessen wählte die Vereinigte Bundesversammlung die Bündner Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Die SVP zog ihre Konsequenzen und akzeptierte ihre neue Stellung in der Opposition. Die Folge: Über 11'000 Interessenten meldeten sich bei der Partei, um beizutreten und um die Volkspartei in ihren politischen Bestrebungen zu unterstützen.

Nun geht es darum, die erfolgreiche Parteiarbeit weiterzuführen. Der Einsatz für tiefere Steuern, gegen Asyl- und Sozialmissbrauch und für eine unabhängige, neutrale Schweiz lohnt sich. Wenn die SVP weiterhin ihre liberalen, freiheitlichen Positionen pflegt und sich für die schweizerischen Werte einsetzt, wird sie noch einmal zulegen und auch am Wahlsonntag 2011 einen Erfolg verzeichnen können.

Gregor A. Rutz
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2007 im Rückblick

JANUAR

Die SVP eröffnet das Wahljahr 2007 mit einer **Videobotschaft des Parteipräsidenten** Ueli Maurer aus Zottels Stall in Otelfingen. Am 3. Januar folgt eine Pressekonferenz vor den Bundeshausmedien mit einem Ausblick auf das angebrochene Politjahr.

Am 16. Januar wird das **Positionspapier zur Neutralitätspolitik** präsentiert. Dieses hinterfragt den beschönigenden Begriff „aktive Neutralität“ und den aussenpolitische Aktivismus der Aussenministerin, die in einer ihrer jüngsten Eskapaden gar einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat gefordert hat. Die SVP stellt dem gefährlichen Aktivismus die integrale Neutralität gegenüber, die – gekoppelt mit einer starken Verteidigungsarmee – den besten Schutz für unser Land darstellt.

Die **Delegiertenversammlung** vom 27. Januar in **Payerne** steht im Zeichen des anlaufenden Wahlkampfes. Die Wahlkampfleiter legen ihre Strategie dar, wie das ehrgeizige Ziel von 100'000 neuen Wählern zu erreichen sei. Die nationalen Delegierten beraten sodann das Vorgehen für die Bundesratswahlen und beschliessen mit 334:5 Stimmen folgendes Vorgehen:

1. **Die SVP steht zur Konkordanz.**
2. **Die SVP-Fraktion tritt im Jahr 2007 mit ihren zwei Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher zur Wiederwahl an.**
3. **Falls die Bundesversammlung unsere beiden bisherigen Bundesräte nicht wieder wählt, wird die SVP in die Opposition gehen und aus dem Bundesrat austreten.**
4. **Wer anstelle der beiden offiziellen Kandidaten die Wahl annimmt, ist nicht Mitglied der SVP-Fraktion.**

Zur Abstimmungsvorlage über die staatliche Einheitskasse beschliesst die Delegiertenversammlung mit 364:0 Stimmen die Nein-Parole.

FEBRUAR

Am ersten Februar wird das **Positionspapier „Eigenverantwortung statt Staatskultur“** an einer Pressekonferenz vorgestellt: Die Bundesverwaltung hat in den letzten Jahren die Kulturpolitik als beliebtes Betätigungsfeld entdeckt. So werden unter dem Deckmantel der Kulturpolitik Projekte zur Friedensförderung, Massnahmen zur Integration fremdländischen Kulturen etc. verwirklicht. Die SVP dage-

gen fordert eine realistische, den Umständen angepasste Kulturpolitik, welche der primären Kompetenz der Kantone Rechnung trägt.

Der Monat Februar ist durch den beginnenden Abstimmungskampf gegen die linke Einheitskasseninitiative geprägt. Das aus SVP-Kreisen gegründete „**Komitee für eine gute Gesundheitsversorgung und Leistungswettbewerb statt staatliche Zweiklassenmedizin**“ kämpft gegen das etatistische Projekt der SP. So zeigt die SVP am 7. Februar anlässlich einer Pressekonferenz auf, wo im Gesundheitswesen der Hebel angesetzt werden muss, damit es zu einer markanten Entlastung der Bürger kommt: Es gilt, den Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern zu verstärken und Transparenz herzustellen. Die Schweizer sollen ihre Krankenkasse weiterhin frei wählen können.

Auf die Angriffe der EU auf unsere Steuersouveränität reagiert die SVP mit einem **Positionspapier „Chance Schweiz: Stärke durch Unabhängigkeit“**, welches am 27. Februar den Medien präsentiert wird. Es stellt klar, dass die EU in keiner Weise in der Position ist, einseitige Forderungen zu stellen: Sie profitiert von allen bisherigen Verträgen, sonst hätte sie diese wohl kaum abgeschlossen. Im Bewusstsein dessen, gilt es Einmischungen und Anmassungen mit Selbstbewusstsein zu begegnen; auf Pressuren ist mit Gegenmassnahmen zu reagieren.

MÄRZ

Frühlingssession 2007 (5. März -23. März 2007)

Schwerpunkt der Frühlingssession bildet ist die Energiepolitik. Im Rahmen der Differenzvereinbarung zum CO₂-Gesetz setzt sich eine Mehrheit von SVP und SP gegen die Mitteparteien durch und schafft so die rechtlichen Möglichkeiten für den Bau von Gaskraftwerken in der Schweiz. Der CO₂-Verbrauch soll kompensiert werden – zu einem Teil auch im Ausland. Der Ständerat entscheidet im Rahmen des Stromversorgungsgesetzes, erneuerbare Energien verstärkt zu fördern. Bei der Marktöffnung entscheidet die kleine Kammer, lediglich grössere Verbraucher in einer ersten Phase einzubeziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Session ist die Landwirtschaftspolitik. Für die SVP stimmt die Gesamtrichtung der Agrarpolitik 2011 nicht, weshalb sie sie ablehnt. Ausserdem erachtet die SVP die Einführung von Parallelimporten für patentgeschützte Güter als problematisch. Eine knappe Mitte-Links-Mehrheit im Parlament hingegen stimmte der AP 2011 zu, welche letztlich weitere 450 Millionen Franken weniger Nettoeinkommen oder – umgerechnet auf den einzelnen Bauernbetrieb – einen weiteren Einkommensrückgang von etwa 9'000 Franken bringt. Der Ständerat behandelt den zweiten Teil der AP 2011 als Erstrat.

Ein zentrales Geschäft ist die Zusatzfinanzierung zur Invalidenversicherung, welche im Nationalrat behandelt wird. Die SVP lehnt jede Zusatzfinanzierung ab, da die IV strukturell saniert werden muss, bevor über eine Entschuldung gesprochen werden darf. Es gelingt der SVP, jede Zusatzfinanzierung zu verhindern, indem sie zunächst für eine unbefristete Finanzierungsvorlage stimmt und mit diesem Überraschungscoup allgemeine Verwirrung auslöst. Dies führt dazu, dass CVP und FDP die IV-Finanzierung bachab schicken und sich die SVP der Stimme enthalten kann. Damit ist die Zusatzfinanzierung vorerst vom Tisch.

Im Nationalrat wird die Volksinitiative gegen Kampjetlärm in Tourismusgebieten, welche die Existenz der Schweizer Luftwaffe in Frage stellt, klar abgelehnt. Der

Ständerat befasst sich mit der Armeeorganisation und folgt dabei weitestgehend den Anträgen und Versprechen des Departementvorstehers. Der Nationalrat hält im Rahmen der Beratung des Waffengesetzes an einem freiheitlichen Waffenrecht fest. Er lehnt ein zentrales Waffenregister sowie eine Motion Banga, welche Armeewaffen in Zeughaus verbannen will, ab.

Der Ständerat kritisiert ausserdem das nur schleppende Vorankommen der Verwaltungsreform durch den Bundesrat und droht, falls es so weitergehe, das Heft selber in die Hand zu nehmen. Ausserdem behandelt der Ständerat als Erstrat den 3. Teil der NFA über den Ressourcenausgleich und folgte den Anträgen des Bundesrates. Der Nationalrat debattiert als Erstrat über das neue Finanzmarktaufsichtsgesetz. Die SVP setzte sich durch, indem Angestellte der neuen Behörde neu zu öffentlich-rechtlichen Konditionen angestellt werden müssen.

Der Ständerat beschliesst als Erstrat einen Wechsel hin zur Registerzählung bei Volkszählungen. Der Nationalrat berät sodann als Zweitrat die KVG-Teilrevision zur Spitalfinanzierung und fügt der Vorlage des Ständerates einige Korrekturen an – etwa die freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz sowie die Einführung von Qualitätsindikatoren.

Obwohl zahlreiche wichtige Geschäfte anstehen, kann es der von Mitte-Links dominierte Rat nicht unterlassen, wertvolle Debattenzeit mit unnötigen und zum heutigen Tag längst überfälligen Geschäften zur Gleichstellung zu vertrödeln. Am Internationalen Tag der Frau findet eine organisierte Debatte zu (mit einer Ausnahme ausschliesslich linken) Gleichstellungsvorstössen statt. Mangels bürgerlicher Präsenz wird einer Motion zur Einführung des Vaterschaftsurlaubes Folge gegeben.

Am 11. März lehnt der Souverän in einer Volksabstimmung die Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse wuchtig mit 71.2 Prozent Nein zu 28.8 Prozent Ja ab.

An der **Delegiertenversammlung** vom 17. März in **Lugano** stehen die zunehmende Jugend- und Ausländergewalt sowie die mangelnde Integrationsbereitschaft eines grossen Teils der ausländischen Bevölkerung im Zentrum. Auf den Antrag der SVP Tessin hin beschliessen die Delegierten, die SVP Schweiz mit **der Ausarbeitung einer Volksinitiative** zu beauftragen. Die Stossrichtung soll lauten: „Wer hier lebt, hat sich an unsere Gesetze zu halten“

Nach dem ablehnenden Entscheid des Nationalrates zur **IV-Finanzierung** nimmt die SVP an einer **Pressekonferenz** vom 26. März eine Auslegeordnung vor und zeigt auf, wie es bezüglich Sanierung der Invalidenversicherung weiter gehen soll.

APRIL

200 Tage vor den nationalen Wahlen, am 5. April, legt die SVP ein **Grundsatzpapier** vor: Dieses zeigt, wie die linke Politik der Schweiz in den vergangenen 15 Jahren geschadet hat. Fazit: Wer schweizerische Werte, Wohlstand und Sicherheit bewahren will, muss SVP wählen. Denn – so fasst es der Titel der Schrift zusammen – **„Wenn Rot/Grün gewinnt, geht die Schweiz kaputt“**.

Am 20. April wirbt die SVP mit einer **Pressekonferenz** für die **5. IV-Revision**: Als die Invalidenversicherung (IV) 1960 geschaffen wurde, stand der Gedanke der Hilfe für die vom Schicksal hart Getroffenen im Vordergrund. Doch in den Neunziger Jahren haben die Verantwortlichen in Politik und Sozialindustrie die IV unkontrolliert aus dem Ruder laufen lassen. Für alles und jedes wurden Renten gewährt. Die SVP hat seit Jahren als einzige Partei auf die wachsende Scheininvalidität hingewiesen. Jetzt ist die 5. IV-Revision ein Schritt zur strukturellen Stabilisierung der Versicherung.

In der Folge übernimmt die SVP mit einer markanten Kampagne die Führung im Abstimmungskampf für die 5. IV-Revision: Der Missbrauch ist zu stoppen.



MAI

Die SVP führt einen engagierten und innovativen Wahlkampf: Am 4. Mai stellt die SVP ihre Feldwerbung in der Schneise des Flughafens Kloten vor. Weitere Feldwerbungen werden im Laufe des Sommers folgen.



Obwohl im September 2004 eine Mehrheit des Schweizer Volkes deutlich bekundet hat, dass es keine erleichterten Einbürgerungen wünscht, sind immer neue Rekordzahlen zu verzeichnen. Im **Positionspapier „Das Bürgerrecht: Zentraler Wert in der direkten Demokratie“** – vorgestellt am 21. Mai – werden die Ursprünge des Bürgerrechts und die Bedeutung des demokratischen Einbürgerungsentscheides zusammengefasst. Alsdann werden die drängenden Probleme der heutigen Einbürgerungspraxis, die Kompetenzüberschreitung des Bundesgerichts sowie fast schon alltägliche Beispiele stossender Einbürgerungen aufgeführt.

JUNI

Sommersession 2007 (4. Juni -22. Juni 2007)

Die SVP blickt auf eine zwiespältige Sommersession zurück. Und dies in vielerlei Hinsicht. So wird die Staatsrechnung 2006 von beiden Räten mit vollem Lob behandelt, während der Finanzminister im Laufe der Session in einem Radiointerview zum Ausdruck bringt, dass der Abbaupfad für das nächste Jahr nicht eingehalten werde. Dies veranlasst die SVP für den September eine ausserordentliche Session zum Thema „Steuersenkung für alle“ zu fordern, damit die Finanzdisziplin beim Bund weiterhin aufrechterhalten wird. Dringlich erklärt werden Vorstösse der SVP

zum Bundesgerichtsurteil zu den degressiven Steuertarifen sowie zum Steuerstreit mit der EU. Die Kohäsionsmilliarde sowie die Weiterführung der Osthilfe werden verabschiedet, obwohl die SVP darauf drängt, mit der Verabschiedung zuzuwarten, bis die EU die Schweizer Steuersouveränität anerkennt.

Die Armeeorganisation und damit ein Kerndossier des Verteidigungsministers wird im Nationalrat verabschiedet, allerdings nur dank der gütigen Mithilfe der Linken, welche als Pfand eine Verdoppelung von Durchdienern und Auslandseinsätzen einfordern. Das Rüstungsprogramm 2007 wird in der grossen Kammer diskussionslos gutgeheissen. Leider folgte der Ständerat in grossen Teilen einer Motion Fetz und beschloss, dass die Munition von Soldaten künftig im Zeughaus verbleibt.

Ein Sessionsschwerpunkt bildet auch die Verkehrspolitik. Der Vorstoss Giezendanner zur Aufhebung des Formel1-Verbots wird im Nationalrat gutgeheissen. Hingegen laufen die NEAT-Probleme immer mehr aus dem Ruder. Die SVP-Fraktion fordert auch hierzu eine dringliche Debatte, unterliegt aber im Büro des Nationalrates. Sie reicht drei Vorstösse ein, welche einen Baustopp am Ceneri, einen zusätzlichen Staatsvertrag über die Südanbindung der NEAT sowie eine neue Volksabstimmung fordern. Schliesslich wird eine Initiative der SVP auf Einsetzung einer PUK zur Aufklärung des Swissair-Debakels erneut abgelehnt.

Der dritte Teil der NFA wird in beiden Räten verabschiedet, nachdem die SVP mit einem Antrag Erfolg hat, welcher den Einbezug der Kantone in die IV-Finanzierung fordert. Die grosse Kammer lehnt die Einbürgerungsinitiative der SVP ab und heisst die Initiative Pfisterer gut, welche zu einer Vermischung von Demokratie und Rechtsstaat führt. Damit spricht sich das Parlament klar gegen demokratische Einbürgerungen aus. Ein Jahrhundertwerk verabschiedet der Nationalrat mit der neuen Strafprozessordnung, deren Anfänge in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Der Nationalrat berät sodann als Zweitrat die Pflegefinanzierungsvorlage und schafft eine gewichtige Differenz zum Ständerat, da die Beteiligung der Patienten an den Kosten massgeblich reduziert wird.

Bei der Presseförderung setzt sich der Ständerat mehrheitlich durch. Die Subventionen werden von 80 auf 30 Millionen pro Jahr reduziert. Der Ständerat lehnt die Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes ab. Schliesslich lehnt sich die kleine Kammer bei der Patentierung von gentechnologischen Patenten an den Nationalrat an. Beide Räte bereinigen die Vorlagen zur Landwirtschaftspolitik. Unter anderem wird an der Unterstützung der Schafwolle weiterhin festgehalten. Schliesslich wählt die Bundesversammlung Patrick Robert-Nicoud als SVP-Vertreter ans Bundesstrafgericht in Bellinzona. Der diesjährige Fraktionsausflug führt nach St. Gallen und auf den Hof von Toni Brunner ins Toggenburg.

Am 17. Juni 2007 stimmte das Schweizer Volk mit 59.1 Prozent Ja zu 40.9 Prozent Nein der 5. IV-Revision zu.

Damit wurde ein wichtiger Schritt zur strukturellen Stabilisierung der Invalidenversicherung gemacht. Dies allerdings reicht nicht aus, um die IV strukturell zu sanieren. Noch immer schreibt die IV jedes Jahr über eine Milliarde Franken Schulden. Es ist eine **6. Revision** nötig. Wird diese rasch umgesetzt, könnte die IV bis zum Jahr 2015 saniert werden. Die SVP präsentiert daher ein Tag nach der Annahme der 5. IV-Revision ein entsprechendes **Positionspapier** am 18. Juni.

Am 22. Juni gelangt die SVP mittels Medienkonferenz an die Öffentlichkeit und for-

dert eine ausserordentliche Session zum Thema Steuern, Gebühren und Abgaben. Die Hochkonjunktur darf nicht zum budgetpolitischen Schlendrian verleiten, vielmehr sollen die Bürger in den Genuss von Steuersenkungen gelangen. Die SVP verlangt deshalb, dass die Mehrwertsteuer per 1. Januar 2010 um ein Prozent gesenkt wird. Bis zum Inkrafttreten dieser Steuersenkung, also in den Jahren 2007, 2008 und 2009, sind die Bundesschulden um jährlich drei Milliarden Franken (total neun Milliarden Franken) abzutragen.

Im neuen **Positionspapier** der SVP, „**Kostenwahrheit und Effizienz statt ideologische Verkehrsverhinderung**“, publiziert am 25. Juni, wird aufgezeigt, wie die schweizerische Verkehrspolitik die reale Verkehrsentwicklung ausblendet. Anstatt sich wie in anderen Bereichen auch an wirtschaftlichen und wachstumsorientierten Grundsätzen zu orientieren, investierte man Milliarden in ineffiziente Verkehrsträger wie den Schienenverkehr. Wirtschaftlichkeit und Kostenwahrheit bleiben bei diesem ideologischen Wahn auf der Strecke.

Am 30. Juni versammeln sich die Delegierten der SVP Schweiz in Liestal und beschliessen den Initiativtext zur Ausschaffungsinitiative. Das Volksbegehren fordert eine Verfassungsänderung, wonach kriminelle Ausländer, ab einer bestimmten Schwere des Delikts, zwingend auszuschaffen sind.

JULI

100 Tage vor den Wahlen, am 13. Juli, fällt der Startschuss zur Unterschriftensammlung für die **Ausschaffungsinitiative**. Nachdem die SVP in der Bekämpfung des Asylmissbrauchs und des IV-Missbrauchs Erfolge erzielte, geht es nun darum, gegen den Missbrauch unseres Gastrechts anzukämpfen. Wer in der Schweiz lebt, hat sich an die hiesigen Gesetze und Regeln zu halten. Wer sich aber partout nicht integrieren will und die Rechtsordnung missachtet, hat sein Gastrecht verwirkt. Mit anderen Worten: In der Schweiz hat es keinen Platz für schwarze Schafe.

Am 26. Juli wird der Grossversand der Initiativbogen in sämtliche Haushalte auf den 1. August den Medien angekündigt.



Das Sujet mit dem Schwarzen Schaf erhält im Laufe des Wahlkampfes Kultstatus und wird in zahlreichen Varianten abgewandelt und imitiert.

AUGUST

„Für Ordnung und Sicherheit - Schluss mit Jugendgewalt und Ausländerkriminalität“: An der Pressekonferenz vom 2. August stellt die SVP ihr **Positionspapier** vor, welches einem tabuisierten Problemthema gewidmet ist: Kein politisches Feld wurde in den letzten zwanzig Jahren von den Linken so konsequent besetzt wie die Bildungspolitik. Die Folgen sind verheerend – antiautoritäre Pädagogik, Abschaffung der Schulnoten, teure Reformen ohne Erfolg, Schlechtmachen von Leistung, Respektlosigkeit gegenüber Lehrern, fehlende Disziplin, Unkonzentriertheit und Chaos prägen den heutigen Schulalltag in der Schweiz. Aber auch Angst,

Gewalt, Kriminalität sowie Alkohol- und Drogenprobleme sind auf schweizerischen Pausenplätzen traurige Wirklichkeit. Die SVP will entschieden gegen diese Missstände vorgehen. In einem umfassenden Positionspapier zur Jugendgewalt und Ausländerkriminalität zeigt die SVP, was zu tun ist, um wieder Ordnung zu schaffen und um jugendliche Gewalttäter wirkungsvoll zu bestrafen.

Am 14. August stellt die SVP ihre **Auslandschweizerlisten für die Nationalratswahlen** vor. Heute leben etwa 645'000 Schweizer in über 150 Ländern rund um die Welt. Mehrere hundert davon sind aktive Mitglieder der SVP International. Jetzt kandidieren 33 Auslandschweizer aus 22 Ländern und allen Kontinenten der Welt auf drei SVP-Listen für die Nationalratswahlen.

In Basel findet am **18. August** der grosse **ausserordentliche Parteitag** der SVP statt. Es treffen sich Delegierte, Mandatsträger, Sektionspräsidenten und Nationalratskandidaten. In einer würdigen Feier mit stimmungsvollem Rahmenprogramm setzt die SVP den **Vertrag mit dem Volk** auf, den die Kandidatinnen und Kandidaten unterzeichnen. Sie verpflichten sich, für folgende drei Punkte einzutreten:



Die SVP warnt am 27. August öffentlich vor einem **Geheimplan gegen Bundesrat Blocher**. Es verdichten sich die Indizien, dass ein Netzwerk aus Linken und so genannten Mitte-Politikern den erfolgreichsten Bundesrat aus dem Amt drängen will.

Herbstsession 2007 (17. September - 5. Oktober 2007)

Die Herbstsession 2007 steht voll und ganz im Zeichen der Wahlen. Viele Parlamentarier ziehen sich abends in ihre Wahlkreise zurück und es werden so wenige Vorstösse wie selten eingereicht. Auch inhaltlich dominieren die nahenden eidgenössischen Wahlen das Geschehen im Bundeshaus. Am ersten Sessionstag kann die SVP im Nationalrat einen Grosse Erfolg verbuchen, indem die Lösung der Rechtskommission, welche die Umsetzung der Verwahrungsinitiative als unvereinbar mit dem Völkerrecht erachtete, an die Kommission zurückgewiesen werden kann. Doch daneben werden weitere Volksinitiativen behandelt. So debattiert der Nationalrat über die Prämiensenkungsinitiative der SVP, lehnt sie knapp ab, heisst aber einen direkten Gegenvorschlag gut, was angesichts des Widerstandes der anderen Parteien als Erfolg zu bezeichnen ist. Der Nationalrat lehnt weiter die Volksinitiative zur Komplementärmedizin deutlich ab und heisst einen Vierjahreskredit für Pro Helvetia gut. Ein weiterer Schwerpunkt der Session ist die Beratung der Botschaft für Bildung Forschung und Innovation für die Jahre 2008 – 2011. Nachdem der Bundesrat ein jährliches Ausgabenwachstum in diesem Bereich von 4.5 Prozent vorgeschlagen hat, drängen ihn die Räte mit Vorstössen, die jährlichen Ausgaben um 6 Prozent zu erhöhen und während der Debatte selber packen die Räte noch einmal rund 100 Millionen Franken an zusätzlichen Bildungsmitteln oben drauf.

Im Zentrum der Session steht die sogenannte Affäre Blocher-Roschacher. Nachdem in den ersten beiden Fragestunden Bundesrätin Calmy-Rey nur ausweichend auf die präzisen Fragen der SVP geantwortet hat, kommt es am Mittwoch 3. Oktober zu einem grossen Showdown. Bundesrat Blocher und Bundesrätin Calmy-Rey stellen sich in einer dringlichen Debatte dem Nationalrat. Wie sich später herausstellen sollte, waren die Vorwürfe der GPK-NR erstunken und erlogen und die Anwürfe gegen BR Blocher haltlos.

Weiter wird aufgrund einer von über 50 Nationalräten der SVP-Fraktion in der Sommersession geforderten und in beiden Räten eingereichten Motion am 1. Oktober eine ausserordentliche Session zum Thema Steuersenkung für alle abgehalten.

Weitere Themen in der grossen Kammer sind die Spitalfinanzierung, das Sprachengesetz sowie die Pflegefinanzierung und das Zwangsangwendungsgesetz. Beim Sprachengesetz setzt sich das Anliegen des Ständerates durch, wonach nicht zwingend eine Landessprache, sondern Englisch als erste Fremdsprache möglich ist. Ausserdem wird entgegen dem Willen der SVP ein neues Bundesgesetz über das Passivrauchen angenommen und einer Motion des Ständerates zugestimmt, welche eine Aufbewahrung der Taschenmunition im Zeughaus fordert. Eine Motion zur Verdoppelung der Durchdienerzahl in der Armee wird im Ständerat abgelehnt. Hingegen stockt die kleine Kammer einen Vierjahreskredit zur Standortförderung Schweiz im Vergleich zum Nationalrat auf und setzt sich schliesslich mit dem erhöhten Betrag durch. Der Ständerat lehnt schliesslich die Einbürgerungsinitiative der SVP mit 28 zu 7 Stimmen ab.

Am 3. Oktober verweigert die Bundesversammlung die Wahl eines SVP-Kandidaten ans Bundesgericht und gibt einer grünen Kandidatin den Vorzug. Dies, obwohl die SVP am Bundesgericht am meisten untervertreten ist.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates beschuldigt Bundesrat Blocher widerrechtlicher Machenschaften. GPK, gewisse Medien und Politiker versuchen, mittels gezielt gestreuter Gerüchte den Eindruck zu erwecken, Blocher sei als Bundesrat nicht mehr tragbar.

Am 11. September entlarvt die SVP den Geheimplan gegen Bundesrat Blocher. Die von der GPK genannten, angeblich belastenden „Beweise“ erweisen sich als Konstrukt; die Anschuldigungen werden allesamt widerlegt, die Verdächtigungen fallen in sich zusammen. Somit ist klar, dass es sich bei der Kampagne gegen Bundesrat Blocher um eine perfide und gezielte Verleumdung handelt. **Dass Mitglieder der GPK ihre parlamentarische Kommission als Vehikel für unlautere politische Zwecke missbrauchten, ist einmalig, verwerflich und skandalös.**

Geheimplan gegen Blocher!

Linke und andere Parteien wollen Christoph Blocher aus dem Bundesrat werfen. Weil er Erfolg hat, glaubwürdig und kompetent ist. Dabei greifen sie zu Unwahrheiten, Unterstellungen und parlamentarischen Kommissionen. Doch jetzt vor den Wahlen verschweigen sie dem Volk ihren Geheimplan. Der Vizepräsident der Grünen gibt die Verschwörung zu. Er spricht von Omertà – also der Schweigepflicht der Mafia! Denn Blochers Gegner wissen: Eine Mehrheit im Volk will Christoph Blocher weiterhin im Bundesrat.
Und das sind die Fakten:

- «Wir werden Blocher nicht wählen.» (SP-Präsident Hans-Jürg Fehr) zürichsee-Zeitung, 7.9.07
- «Blocher muss wieder weg! Wir Grünen treten gegen Blocher an.» (Grünen-Präsidentin Ruth Genner) Blick, 9.9.07
- «Persönlich bin ich ganz klar der Meinung, dass wir Christoph Blocher nicht wiederwählen dürfen.» (CVP-Präsident Christoph Darbellay) sonntagsZeitung, 3.9.06
- «Es ist durchaus möglich, dass die CVP-Fraktion bei der Wahl Blochers leer einlegt.» (CVP-Generalsekretär Reto Nause) NZZ am Sonntag, 10.9.06
- Georg Kreis (FDP) und Ständerat Dick Marty (FDP) sind Mitautoren eines angekündigten Buches, das einen Bundesrat ohne Blocher und SVP fordert. Der Bund, 9.2.07

Wird Blocher abgewählt, sind die Folgen:

- EU-Beitritt
- Noch höhere Staatsausgaben
- Noch höhere Steuern und Gebühren
- Weniger Volksrechte
- Mehr Asylmissbrauch
- Mehr Sozialmissbrauch
- Mehr Ausländerkriminalität

Das darf nicht passieren!
**Deshalb am 21. Oktober:
Blocher stärken! SVP wählen!**

Schweizerische Volkspartei
Postfach 8252, 3001 Bern
www.svp.ch

Mein Zuhause – Unsere Schweiz
PC 90-8829-5



OKTOBER

Am **6. Oktober 2007** findet in Bern unter dem Motto „Einstehen für unsere Schweiz“ ein grosser SVP-Anlass statt. Geplant sind ein Umzug und ein friedliches Volksfest auf dem Bundesplatz. Die linksregierte Stadt Bern aber ist nicht in der Lage (oder nicht Willens), die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäusserung zu garantieren: **Linke Schlägerstaffeln verhindern den Umzug und zerstören die Festeinrichtung auf dem Bundesplatz.**



Nur drei Monate nach Beginn der Unterschriftensammlung, am 15. Oktober, kann die SVP ein grossartiges Ergebnis der Unterschriftensammlung für die Ausschaffungsinitiative bekannt geben: Gegen 200'000 Unterschriften, zweitausend neue Mitglieder und eine halbe Million Franken Spenden sind zu vermelden.

Am 21. Oktober erringt die SVP einen historischen Sieg bei den nationalen Parlamentswahlen. Mit knapp 29,0 Prozent erringt sie ein Resultat, welches seit Einführung des Proporzsystems im Jahr 1919 noch nie eine Partei erreicht hat. Die Nationalratsfraktion ist mit neu 62 Mitgliedern exakt doppelt so stark wie die Nationalratsfraktionen der FDP oder CVP.

Am 30.10.2007 nimmt die SVP in einer Pressekonferenz zum Voranschlag 2008 des Bundes Stellung. Dieser sieht trotz Hochkonjunktur neue Schulden von 3.8 Milliarden Franken vor. Das ist unverantwortlich. Die SVP fordert, dass der Voranschlag in der Wintersession des Parlaments massiv verbessert wird, ansonsten dieser abgelehnt werden muss.

NOVEMBER

Am 6. November stellt die SVP das Legislaturprogramm 2007-2011 der Fraktion vor. Die von der neuen Fraktion am 2. November beschlossenen drei Schwerpunkte basieren auf dem Vertrag mit dem Volk und beinhalten je 7 Unterpunkte. Die Schwerpunkte sind:

- 1. Senken der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgaben-
seitige Sanierung der öffentlichen Finanzen.**
- 2. Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz, de-
ren Volksrechte nicht durch „Völkerrecht“ weiter beschnitten wer-
den.**
- 3. Schaffen von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von
Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer so-
wie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen.**

DEZEMBER

Wintersession 2007 (3. Dezember - 20. Dezember 2007)

Die Wintersession steht voll und ganz im Zeichen der Gesamterneuerungswahlen in den Bundesrat, welche am 12. Dezember 2007 stattfinden. Die Vereinigte Bundesversammlung unter der Führung der Mitte-Links-Parteien wählt Bundesrat Christoph Blocher auf hinterhältige Art und Weise ab und wählt an seiner Stelle die Bündner Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf, welche in den meisten Kernfragen nicht die SVP-Meinung vertritt. Damit schickt die Bundesversammlung die SVP in die Opposition. Doch es gibt auch erfreulichere Wahlgeschäfte. Am 4. Dezember 2007 werden Nationalrat André Bugnon (SVP/VD) und Ständerat Christoffel Brändli (SVP/GR) mit Spitzenresultaten als Präsidenten des National- und Ständerates gewählt. Weiter wählt die Bundesversammlung Blaise Pagan (SVP/VD) ans Bundesverwaltungsgericht.

Traditioneller Schwerpunkt der Dezembersession ist die Verabschiedung des Voranschlags für das kommende Jahr. Gegen den Willen der SVP stocken die Räte den Voranschlag 2008 auf, was dazu führt, dass der Bund im Jahr 2008 einmal mehr fast vier Milliarden neue Schulden schreiben trotz guter Konjunktursituation wird. Die Räte verabschieden nach langem Hin und Her schliesslich zwei für die SVP ganz zentrale Anliegen. Der Umsetzungsgesetzgebung zur Verwahrungsinitiative wird nach öffentlichem Druck zugestimmt. Der Parlamentarischen Initiative Pfisterer zum Bürgerrechtsgesetz, welche von der SVP bekämpft wurde, wird ebenfalls zugestimmt. Hier wird die SVP ein Referendum prüfen, falls die Einbürgerungsinitiative abgelehnt werden sollte.

Der Ständerat verabschiedet entgegen dem Willen der SVP eine Vorlage zur IV-Zusatzfinanzierung, welche eine Mehrwertsteuererhöhung von 0.5 Prozent sowie einen Transfer von 5 Milliarden AHV-Gelder an die IV vorsieht. Der Nationalrat wird sich im Jahr 2008 erneut mit diesem Geschäft befassen. Die beiden Räte heissen weiter drei gesundheitspolitische Vorlagen gut. Einerseits wird die KVG-Teilrevision Spitalfinanzierung, andererseits der Risikoausgleich zwischen den Krankenversicherern verabschiedet. Schliesslich heisst das Parlament – trotz anfänglichem Wider-

stand der Mitteparteien – aber aufgrund der angekündigten SVP-Opposition wohl den Widerstand fürchtend – einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung gut. Damit hat das Parlament den Grossteil der SVP-Forderungen in der Gesundheitspolitik erfüllt, was einen Rückzug der Volksinitiative ermöglicht. Weiter werden die Hanfinitiative und die Volksinitiative für Volkssouveränität statt Behördenpropaganda im Nationalrat debattiert und abgelehnt. Schliesslich bildet das Zwangsanwendungsgesetz und die Frage des Einsatzes von Elektroschockgeräten einen Schwerpunkt der Session. Ausserdem verabschieden die Räte, entgegen dem Willen der SVP, ein Media-Abkommen mit der EU.

Am 12. Dezember 2007 werden die nicht mehr wieder kandidierenden und nicht mehr wieder gewählten Fraktionsmitglieder Jean Fattebert, Hans Lauri, Hans Hofmann, Otto Laubacher, Hans-Ulrich Mathys, Fritz Abraham Oehrli, Jaques Pagan, Ulrich Schlüer, Walter Schmied und Hermann Weyeneth anlässlich des Fraktionsessens verabschiedet.

Linke und CVP haben den seit dem Sommer verfolgten „Geheimplan“ zur Absetzung oder Abwahl von Bundesrat Blocher umgesetzt. Mit ihrer GPK-Verschwörung noch gescheitert, setzen sie sich nun mit einer Intrige über den Wählerwillen hinweg:

Der 12. Dezember ist ein schwarzer Tag für die direkte Demokratie der Schweiz: **Die SVP, stärkste Partei und Wahlsieger, wird in die Opposition gezwungen.** Anstelle von SVP-Bundesrat Christoph Blocher wählt die Mitte-Links-Koalition eine Person, deren Profil eine angepasste Politik erwarten lässt. Damit ist das Gedankengut der SVP – und damit fast ein Drittel der Wähler – nicht mehr in der Landesregierung vertreten. Nun muss die Partei ihren Wählerauftrag in der Opposition erfüllen. Dies bedeutet das Ende des schweizerischen Konkordanzsystems.

Die gewählten Bundesräte Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf sind, gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung und der Bundeshausfraktion, nicht bzw. nicht mehr Mitglied der SVP-Fraktion. Die SVP hat mithin keinen Vertreter im Bundesrat.

Oberster Auftrag der SVP ist nun, politische Fehlentwicklungen zu verhindern. Die SVP-Fraktion wird in Zukunft sämtliche Beschlüsse der Regierung und des Parlamentes, die den Interessen der Schweiz bzw. dem SVP-Parteiprogramm zuwiderlaufen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen – sei es im oder ausserhalb des Parlaments.

2. SVP-Frauen Schweiz

Im Berichtsjahr kamen die Delegierten der SVP-Frauen Schweiz viermal zu Plenarversammlungen zusammen. An der Versammlung in Payerne (VD) stand das Thema „Sicherheit“ und in Baden (AG) „Schule und Bildung“ im Mittelpunkt. Im Juni luden die SVP-Frauen alle Nationalratskandidatinnen zu einem Treffen ins Bundeshaus ein. Dabei wurde das Ziel einer Verdoppelung von SVP-Nationalrätinnen thematisiert. Die Kandidatinnen wurden ermuntert, einen **mutigen Wahlkampf** für die Sache der SVP und damit der bürgerlichen Frauen zu führen.

An einem Aktionstag unter dem Motto „Es geht um die Wurst“, verteilten die Nationalratskandidatinnen eine Woche vor den Wahlen in der deutschen Schweiz über 4000 Cervelats. An der Aktion „C'est la dernière qui sonne“ in der Westschweiz erfreuten die Nationalratskandidatinnen das Publikum mit 600 Sablés und machten so auf die SVP und ihre Werte aufmerksam.

An der Zusammenkunft vom 3. Dezember 2007 konnte die Präsidentin nicht nur drei sondern **fünf neue Nationalrätinnen** begrüßen. Mit nunmehr acht Nationalrätinnen ist der Frauenanteil in der Bundeshausfraktion von 5,5 auf 13 Prozent gestiegen. Damit wurde das Wahlziel gar noch übertroffen. Die Nationalrätinnen sind nun gefordert, die Wahlversprechen einzuhalten und aktiv mitzuwirken um den SVP-Werten zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit Presscommuniqués und einem neuen Flyer informierten die SVP-Frauen Schweiz über ihre Auffassung zur sogenannten Frauenpolitik und ihre Positionen zu den zentralen Themen im Wahljahr.

3. Vorstösse der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion wurden im Berichtsjahr 18 **Palamentarische Initiativen**, 72 **Motionen**, 15 **Postulate**, 91 **Interpellationen** und 22 **Einfache Anfragen** eingereicht. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2007 hat die SVP an **45 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten
- Einführung biometrischer Ausweise
- Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen
- Neue Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)
- Änderung von Artikel 86 der Bundesverfassung und Schaffung einer Spezialfinanzierung Luftverkehr

- Bundesgesetz über die Abgabe für die Benützung der Nationalstrassen (NSAG)
- Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen
- FRONTEX
- Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse
- Ratifikation der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen / Ratifikation der UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes
- Bundespatentgerichtsgesetz und Patentanwaltsgesetz
- Verfassungsbestimmung Hooliganismus
- Sachplan Geologische Tiefenlager – Konzeptteil
- Obligatorische Bedenkfrist und Art. 111 ZGB
- Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „für die Unverjährbarkeit pornographischer Straftaten an Kindern“
- Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz
- Einführung des Finanzreferendums
- Steuerliche Behandlung von Instandstellungskosten bei Liegenschaften
- Übernahme des Schengener Grenzkodex
- Ausführungsbestimmungen Ausländer- und Asylgesetz
- Totalrevision der Handelsregisterverordnung
- Revision Patentgesetz
- Systementscheid bei der Ehepaarbesteuerung
- Verordnung über die Familienzulagen (FamZV)
- Gesamtschau FinöV
- Museums- und Sammlungsgesetz
- Vereinfachung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer
- Neue europäische Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

- UNO-Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Handlungen gegen die nukleare und maritime Sicherheit
- Ausführungsbestimmungen zum Landwirtschaftsgesetz
- Verbot von Pittbulls in der Schweiz
- Teilrevision des Obligationenrechts (Haftung für gefährliche Hunde)
- Warnhinweise auf Tabakprodukten
- Namen und Bürgerrecht der Ehegatten
- Zivildienstgesetz
- Stromversorgungsverordnung und Revision der Energieverordnung
- Aktionspläne Energieeffizienz und erneuerbare Energien
- Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen
- Scheinehen
- Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung. Volksinitiative, Gegenvorschläge des Ständerates und des Nationalrates
- Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- Faire Abstimmungskampagnen
- Einsatz von Schutzdienstpflichtigen aus der Personalreserve
- Strafbehördenorganisationsgesetz

5. Positionspapiere der SVP

Im Wahljahr 2007 erscheinen zwei ausführliche programmatische Arbeiten:

- Wahlplattform 2007-2011 „Mein Zuhause - unsere Schweiz“
- „Wenn Rot/Grün gewinnt, geht die Schweiz kaputt“

Zudem werden folgende Positionspapiere erarbeitet:

Januar 2007 Die schweizerische Neutralität: Ein sicherer Wert in einer sich wandelnden Welt

Februar 2007 Eigenverantwortung statt Staatskultur

Februar 2007	Chance Schweiz: Stärke durch Unabhängigkeit Schwerpunkt: Souveränität und Steuerpolitik
Mai 2007	Bürgerrecht: Zentraler Wert in der direkten Demokratie
Juni 2007	6. IV-Revision anpacken statt Zwangsabgaben erhöhen
Juni 2007	Kostenwahrheit und Effizienz statt ideologische Verkehrsverhinderung
August 2007	Für Ordnung und Sicherheit - Schluss mit Jugendgewalt und Ausländerkriminalität

6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2007 veröffentlicht die SVP, SVP-Frauen und SVP-Senioren miteinbegriffen, **131 Pressecommuniqués** (Vorjahr 125). Die Abonnenten erhalten **51 Ausgaben des Pressedienstes** zugestellt. Die **Parteizeitschrift „Klartext“** erscheint weiterhin monatlich. Die Auflage tendiert Ende 2007 gegen 55'00 Exemplare.

Im Jahr 2007 führt die SVP **23 Medienkonferenzen** durch:

03.01.2007 Die SVP im Wahljahr 2007

16.01.2007 Die schweizerische Neutralität

01.02.2007 Eigenverantwortung statt Staatskultur

07.02.2007 Wir wollen tiefere Prämien, keine staatliche Zweiklassenmedizin

27.02.2007 Chance Schweiz: Stärke durch Unabhängigkeit
(Steuerstreit mit der EU)

26.03.2007 IV-Finanzierung: Eine Auslegeordnung

05.04.2007 Wenn Rot/Grün gewinnt, geht die Schweiz kaputt

20.04.2007 MISSBRAUCH STOPPEN - Ja zur 5. IV-Revision

04.05.2007 SVP-Feldwerbung für Millionen Flugpassagiere

21.05.2007 Das Bürgerrecht: Zentraler Wert in der direkten Demokratie

18.06.2007 Die 6. IV-Revision

22.06.2007 Steuersenkung für alle

25.06.2007 NEAT: Stoppt die Fehlentwicklung der Verkehrspolitik

13.07.2007 100 Tage vor den Wahlen - SVP startet in die
Schlussphase des Wahlkampfs

26.07.2007 1. August: SVP kommt mit Ausschaffungsinitiative zu Ihnen

02.08.2007 Schluss mit Jugendgewalt und Ausländerkriminalität

14.08.2007 Starke Auslandschweizer-Listen der SVP

27.08.2007 Geheimplan gegen Bundesrat Blocher

11.09.2007 Der Geheimplan gegen Bundesrat Blocher ist entlarvt

15.10.2007 Ausschaffungsinitiative: Gegen 200'000 Unterschriften

30.10.2007 3.8 Milliarden Neuschulden trotz Hochkonjunktur!

06.11.2007 Legislaturprogramm 2007-2011 der SVP Fraktion

14.12.2007 Die SVP in der Opposition

7. Internet

Wie weit die Internet-Aktivitäten der SVP für den Wahlerfolg 2007 mitverantwortlich sind, lässt sich nicht eruieren. Fest steht aber, dass die Zugriffszahlen des Internet-Auftritts www.svp.ch im Jahr 2007 massiv angestiegen sind.

Im Jahr 2007 wurden total **9'134'885 Inhaltsseiten** vom SVP-Server abgerufen (Vorjahr: 3'696'043). Das entspricht im Durchschnitt **1'043 abgerufenen Seiten pro Stunde** (Vorjahr: 422 Seiten pro Stunde).

Um die Bedeutung dieser Zahlen für künftige Wahlen zu interpretieren, ist ein Vergleich der Internetstatistik des Wahlkampf 2007 mit derjenigen des Wahlkampfes 2003 interessant. Während in der „heissen Phase“ des Wahlkampfes 2003, also in den Monaten September und Oktober, noch 644'468 Internetseiten ab www.svp.ch abgerufen wurden, waren es in derselben Zeitspanne des Jahres 2007 total 2'717'689 Seiten. Die Bedeutung des Internet hat sich gegenüber dem Wahlkampf 2003 statistisch also fast verfünffacht.

Das Ende März 2006 aufgeschaltete Diskussionsforum wurde bis Ende 2007 über 3 Millionen Mal besucht.

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus 750 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei.

Delegiertenversammlung vom 27. Januar 2007 in Payerne (VD)

Bundesratswahlen

Die Versammlung beschliesst mit 364:0 Stimmen die Nein-Parole zur Volksinitiative für eine Einheitskasse

Die Nationalräte Caspar Baader, Guy Parmelin und Jasmin Hutter betonen die Bedeutung der Parlamentswahlen; die Wahlkampfleiter der Sprachregionen, Eros Melini sowie die Nationalräte Yvan Perrin und Toni Brunner, weisen auf das Wachstumspotential der SVP hin.

Die Versammlung beschliesst mit 334:5 Stimmen für die Bundesratswahlen folgendes Vorgehen:

1. Die SVP steht zur Konkordanz.
2. Die SVP-Fraktion tritt im Jahr 2007 mit ihren zwei Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher zur Wiederwahl an.
3. Falls die Bundesversammlung unsere beiden bisherigen Bundesräte nicht wieder wählt, wird die SVP in die Opposition gehen und aus dem Bundesrat austreten.
4. Wer anstelle der beiden offiziellen Kandidaten die Wahl annimmt, ist nicht Mitglied der SVP-Fraktion.

Delegiertenversammlung vom 17. März in Lugano-Cassarate (TI)

Ausarbeitung einer Volksinitiative zur Bekämpfung der Ausländerkriminalität

Nationalrat Toni Bortoluzzi erläutert die 5. IV-Revision. Die Versammlung beschliesst mit 310:1 die Ja-Parole.

Bundesrat Christoph Blocher, Nationalrat Adrian Amstutz, Kantonsrat Bruno Walliser und Roberta Soldati, Regierungsratskandidatin SVP TI, referieren zu Ausländer- und Integrationsproblematik; Brenno Martignoni, Regierungsratskandidat SVP TI, stellt im Namen der SVP Tessin den Antrag auf Ausarbeitung einer Volksinitiative zur Be-

kämpfung der Ausländerkriminalität.

Dieser wird von der Versammlung einstimmig angenommen.

Delegiertenversammlung vom 30. Juni in Liestal (BL)

Beschlussfassung zur Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer

Bundesrat Christoph Blocher, die Nationalräte Adrian Amstutz, Yvan Perrin, Jasmin Hutter und Caspar Baader sowie der Präsident SVP International, Rolf Schudel, beleuchten verschiedene Aspekte der Ausländerkriminalität.

Der Initiativtext zur Volksinitiative „zur Ausschaffung von kriminellen Ausländern“ (Ausschaffungsinitiative) wird von der Versammlung mit 363:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Ausserordentlicher Parteitag vom 18. August in Basel

Vertrag mit dem Volk

Parteipräsident Nationalrat Ueli Maurer und die beiden damaligen SVP-Bundesräte eröffnen den Parteitag mit Lagebeurteilungen. Die Nationalratskandidaten der SVP unterzeichnen alsdann den Vertrag mit dem Volk. Darin verpflichten sie sich zu folgenden Grundsätzen:

1. Kein EU-Beitritt
2. Ausschaffung der kriminellen Ausländer
3. Steuersenkung für alle

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 106 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1
(Stand: 31.12.2007)

Parteipräsident	NR Ueli Maurer, ZH
Vizepräsidenten	NR Toni Brunner, SG
	NR Yvan Perrin, NE
	NR Sylvia Flückiger, AG
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader, BL
Generalsekretär	Gregor A. Rutz, ZH
Präsidentin SVP Frauen	Rita Gygax, BE
Präsident SVP Senioren	NR Theophil Pfister, SG
Präsident SVP International	Rolf B. Schudel
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Lüpold
	AI Ruedi Eberle Emil Mock
	AR Edgar Bischof
	BE NR Rudolf Joder
	BL Dieter Spiess
	BS NR Jean Henri Dunant
	FR Jean-Luc Rimaz
	GE Soli Pardo
	GL Peter Rothlin
	GR Barbara Janom Steiner
	JU Romain Schaer
	LU Otto Laubacher
	NE NR Yvan Perrin
	NW Peter Wyss
	OW Albert Sigrist
	SG NR Toni Brunner
	SH Werner Bolli
	SO Heinz Müller
	SZ NR Pirmin Schwander
	TG Martin Stuber
	TI Pierre Rusconi
	UR Gusti Planzer

	VD	Gérald Nicod
	VS	Raphaël Filliez (Unterwallis)
	VS	Franz Ruppen (Oberwallis)
	ZG	NR Marcel Scherer
	ZH	Hansjörg Frei
	JSVP	Désirée Stutz

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	- Roger Fricker - NR Lieni Füglistaller - Pascal Furer
AI	- Martin Ebnetter
AR	- Jakob Freund
BE	- NR Adrian Amstutz - Jolanda Brunner - Aliko M. Panayides - Anneliese Vaucher - Franziska Schluemp
BL	- Thomas de Courten - Hans-Jürgen Ringgenberg
BS	- Sebastian Frehner - Andreas Ungricht
FR	- Daniel C. Schär - Véronique Jolliet
GE	- Eric Bertinat - Jacques Pagan
GL	- Ernst Luchsinger
GR	- Heinz Dudli - NR Hansjörg Hassler
JU	- Philippe Müller
LU	- René Kuhn - NR Josef Kunz
NE	- vakant - Walter Willener
NW	- Christoph Keller
OW	- Martin Gaul
SG	- Stefan Kölliker - Cornelia Schaub - Markus Straub
SH	- SR Hannes Germann
SO	- Beat Ehrensam - NR Walter Wobmann
SZ	- Ueli Brügger - Judith Übersax

TG	- Hermine Hascher - NR Hansjörg Walter
TI	- Eros Mellini
UR	- Paul Dubacher
VD	- Nathalie Falcone - Pascal Dessauges - Claude-Alain Voiblet
VS	- Fredy Ursprung (Oberwallis) - NR Oskar Freysinger (Valais romand)
ZG	- Vreni Althaus
ZH	- Josephine Bianda - NR Max Binder - NR Toni Bortoluzzi - NR Alfred Heer - NR Ernst Schibli - Ulrich Schlüer - Claudio Zanetti
JSVP	- Erich Hess - Albert Leimgruber

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

BE	- Susanne Huber
GL	- SR This Jenny
GR	- Reto Rauch
NW	- Michèle Blöchlinger
SG	- NR Jasmin Hutter - Marianne Steiner
SH	- Cornelia Stamm Hurter
SZ	- Monika Lienert
TI	- Marco Chiesa
VD	- Michaël Buffat
ZH	- NR Christoph Mörgeli - NR Hans Fehr

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 26 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten. (Stand 31.12.2007)

Der Präsident der SVP Schweiz	NR Ueli Maurer
Die drei Vizepräsidenten	NR Toni Brunner
	NR Yvan Perrin
	NR Sylvia Flückiger
Der Fraktionspräsident	NR Caspar Baader
Der Generalsekretär	Gregor A. Rutz
Die Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	Hansjörg Frei, ZH
	NR Rudolf Joder, BE
	Thomas Lüpold, AG
	NR Toni Brunner, SG
	Otto Laubacher, LU
	Gérald Nicod, VD
Die Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Rita Gygax-Schwarz (BE)
Der Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Theophil Pfister (SG)
Die Präsidentin Junge SVP Schweiz	Désirée Stutz (SG)
Beisitzer Büro LA	NR Adrian Amstutz (BE)
Vertreter der Romandie	Jacques Pagan (GE)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreterin der romanischen Schweiz	Barbara Janom Steiner (GR)
Weitere Mitglieder	Michèle Blöchliger NR Hans Fehr Raphael Filliez SR This Jenny NR Christoph Mörgeli NR Pirmin Schwander NR Hansjörg Walter

4. Büro des Leitenden Ausschusses

Das Büro des Leitenden Ausschusses (Büro LA) setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen. (Stand: 31.12.2007)

Funktion	
Der Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Ueli Maurer
Der Vizepräsident	Nationalrat Toni Brunner
Der Vizepräsident	Nationalrat Yvan Perrin
Die Vizepräsidentin	Nationalrätin Sylvia Flückiger
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Caspar Baader
Der Generalsekretär	Gregor A. Rutz
Beisitzer	Nationalrat Adrian Amstutz

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Im Berichtsjahr arbeiteten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Generalsekretariat:
(Stand: 31.12.2007)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Rutz Gregor A., Küsnacht (ZH)
Assistentin d. Generalsekretärs	Küng Rahel, Bern
Fraktionssekretär	Martin Urs, Oberaach (TG)
Pressesprecher	Jäggi Roman S., Fülenbach (SO)
stv. Pressesprecher	Müller Matthias, Bern
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Dagai Miriam, Oberwangen (BE)
	Lüchinger Gabriel, Bern
	Voellmy Kaspar, Bern
Coordinateur UDC Romandie	Voiblet Claude-Alain, Lausanne (VD)
Schulung/Frauen	Kaufmann Ilse, Bülach (ZH)
Sekretariatsleitung / Fraktionsassistentin	Kürschner Daniela, Neuenegg (BE)
Sekretariat	Rebora Susanne, Schliern (BE)
Projektadministrator	Zollinger Markus, Zürich

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2007)

AG	Flückiger Sylvia, Schöftland* Giezendanner Ulrich, Rothrist Glur Walter, Glashütten Killer Hans, Untersiggenthal* Lieni Füglistaller, Rudolfstetten Stamm Luzi, Baden
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf* Amstutz Adrian, Sigriswil Geissbühler Andrea, Herrenschwanden* Graber Jean-Pierre, La Neuveville* Grunder Hans, Rüegsauschachen* Haller Ursula, Thun Joder Rudolf, Belp Schenk Simon, Trubschachen von Siebenthal Erich, Gstaad* Wandfluh Hansruedi, Frutigen
BL	Baader Caspar, Gelterkinden Miesch Christian, Titterten
BS	Dunant Jean Henri, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Nidegger Yves, Genf* Reymond André, Veyrier
GR	Gadient Brigitta M., Chur Hassler Hansjörg, Donath
JU	Baettig Dominique, Delémont*
LU	Estermann Yvette, Kriens* Kunz Josef, Grosswangen Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
OW	von Rotz Christoph, Sarnen*
SG	Bigger Elmar, Vilters-Wangs Brunner Toni, Ebnat-Kappel Hutter Jasmin, Altstätten Pfister Theophil, Flawil Reimann Lukas, Wil*
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen*
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Föhn Peter, Muotathal Schwander Pirmin, Lachen

TG	Baumann J. Alexander, Kreuzlingen Spuhler Peter, Weiningen Walter Hansjörg, Wängi
VD	Bugnon André, Saint-Prex Glauser Alice, Champvent* Grin Jean-Pierre, Pomy* Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Scherer Marcel, Hünenberg
ZH	Binder Max, Illnau Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Fehr Hans, Eglisau Heer Alfred, Zürich* Kaufmann Hans, Wettswil Maurer Ueli, Wernetshausen Mörgeli Christoph, Uerikon Rickli Natalie, Winterthur* Rutschmann Hans, Rafz Schibli Ernst, Otelfingen Stahl Jürg, Winterthur Zuppiger Bruno, Hinwil

Ständeräte (Stand: 31.12.2007)

AG	Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick
BE	Werner Luginbühl, Krattigen*
GL	Jenny This, Glarus
GR	Brändli Christoffel, Landquart
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Bürgi Hermann, Dussnang

* 2007 neu gewählt

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN UND WAHLEN

Volksabstimmung vom 11. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stän- de Ja	Stän- de Nein	
Einheitskrankenkasse	Nein	Nein	Nein	Ja	28.8 %	71.2 %	2	24	abgelehnt

Volksabstimmung vom 17. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein			
5. IV-Revision	Ja	Ja	Ja	Nein	59.1 %	40.9 %			angenom- men

Parlamentswahlen vom 21. Oktober	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne				
Anteile in %	28.92	15.67	14.45	19.54	9.58				

BUNDESRATSWAHLEN

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
ausgeteilte Wahlzettel	246	246
eingegangene Wahlzettel	246	246
leer	6	4
ungültig	2	0
gültig	238	242
absolutes Mehr	120	122
Stimmen haben erhalten:		
Eveline Widmer	116	125
Christoph Blocher	111	115
verschiedene	11	2

IV. VERTRETUNG DER SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

(Stand 31. Dezember 2006)

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2005	29.3 %	46	140
AI	jährlich	*	*	49
AR	2007 (alle 3 Jahre)	*	8	65
BE	2006	27.4 %	47	160
BL	2007	22.53 %	21	90
BS	2004	12.0 %	15	130
FR	2006	16.0 %	18	110
GE	2005	9.6 %	11	100
GL	2006	31.5 %	26	80
GR	2006 (alle 3 Jahre)	*	32	120
JU	2006	5.8 %	3	60
LU	2007	19.2%	23	120
NE	2005	15.8 %	17	115
NW	2006	19.5 %	10	60
OW	2006	13.8 %	6	55
SH	2004	35.6 %	30	80
SO	2005	17.6 %	17	100
SG	2004	24.6 %	45	180
SZ	2004	29.3 %	27	100
TG	2004	32.8 %	47	130
TI	2007	3.7 %	5	90
UR	2004	16.8 %	9	64
VD	2007	16 %	26	150
VS	2005	7.2 %	6	130
ZG	2006	20.1 %	17	80
ZH	2007	30.46 %	56	180

* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.svp-fr.ch	sekretariat@svp-fr.ch
GE	www.udc-geneve.ch	info@udc-geneve.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretariat@udc-jura.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-stgallen.ch	sekretariat@svp-stgallen.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ticino.ch
UR	www.svp-uri.ch	svp@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	sg@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch